

Das Programm:

„Die zentralen Themen sind gerechte Verteilung, das Beenden der Seilschaften und eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Mächtigen.“

Nicht nur eine Stärkung der Demokratie und des Standortes Österreich, sondern ein offenes Miteinander, bei dem die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger wieder gehört werden müssen, sind uns ein Anliegen.

Die Liste Fritz Dinkhauser bekennt sich aus diesem Grund:

- zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung
- zur Auflösung der ungesunden Seilschaften und zum Kampf gegen den Machtmissbrauch
- zur Garantie, dass kein Eigentum des Staates verkauft wird
- zur sofortigen Bildungsoffensive und Behebung des Bildungsnotstands mit positivem Schul- und Berufsabschluss für jeden
- zur Garantie, dass Wohnen als Grundrecht leistbarer wird – dies bedeutet eine radikale Änderung der Grund-, Wohn- und Wohnbaukosten
- zur Sicherung der Grundversorgung aller Bürger und Bürgerinnen Österreichs
- zur Stärkung und Unterstützung der Familien – „Familie muss wieder leistbar sein“, mit kostenlosem Kindergarten- bzw. Hortbesuch, Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Sport- und Kultureinrichtungen
- zur Förderung von Kultur und Tradition
- zu einem umfangreichen Sozialpaket, u.a. mit Chancengleichheit auf allen Ebenen

„Zum Wohl aller Bürger müssen neue Schwerpunkte im Bundeshaushalt gesetzt werden.“

Eine Neuverteilung bzw. Umverteilung ist deshalb sofort anzustreben. Im Weiteren will die Liste Fritz Dinkhauser folgende Punkte umgesetzt wissen:

- die Stärkung der Länder und die Absage an Zentralisierungstendenzen des Bundes sowie den weiteren Verlust von Kompetenzen auch im unmittelbaren Bundesbereich
- die Stärkung der Gemeinden
- die Senkung der Energiepreise
- die gemeinsame Erstellung eines Sozialleitbilds und die verpflichtende Überprüfung aller Gesetze auf ihre Sozialverträglichkeit
- die Neuverteilung der Bundesmittel
- die Schaffung neuer, innovativer Pflege- und Sozialmodelle
- neue, moderne Pakete mit Lösungen zu Familie, Wohnen, Bildung, Soziales, Energie, Verkehr und Kultur
- die wirtschaftliche Kraft und die Klein- und Mittelunternehmen stärken und neue Betriebe in strukturschwachen Regionen ansiedeln

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

„Wir stehen für alle Menschen offen und sind eine aktive Bürgerplattform die auf Bürgerbeteiligung setzt.“

Programm: Wirtschaft und Betriebe

„Österreich braucht eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur und kreative Lösungen beim Arbeitskräftemangel.““

Derzeit ist die Einkommenssituation in Österreich die schlechteste in ganz Europa. Aus diesem Grund muss das Ziel die Verbesserung der Ertragskraft der Klein- und Mittelbetriebe sein. Eine Entlastungspolitik durch eine verbesserte Energiepolitik sowie eine Ansiedlungsoffensive von innovativen Betrieben im Bereich der Industrie – vor allem im strukturschwachen Regionen – werden die Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

NETZWERKE SCHAFFEN

Einer offensiven Betriebsansiedlung mit Anreizen wie der Senkung bürokratischer Hürden, steuerlicher Begünstigungen sowie angemessenen Energiekosten muss eine Offensive zur Erweiterung von Betrieben folgen. Entsprechende Wirtschafts- und Betriebsanalysen sollen mit Hilfe des Bundes bei Klein- und Mittelunternehmen durchgeführt, Erweiterungsmöglichkeiten und Marktchancen geprüft werden. Außerdem sollen Netzwerke flächendeckend unter den Betrieben geschaffen werden, wodurch die Qualitätsbetriebe gemeinsam nationale und internationale Aufträge durchführen können. Hierfür würde eine EU-Vermarktungs-Projekt GmbH nützliche Dienste tun. Dazu gehört das Akquirieren von Aufträgen ebenso wie die Bearbeitung und Vermarktung über ein gemeinsames Netzwerk.

STRUKTURPROBLEME LÖSEN

Das Kernproblem sind nicht unsere Strukturen in allen möglichen Branchen, sondern der fehlende „faire Wettbewerb“ – uns bringen Konkurrenten um, die nicht so hohe Steuern, Abgaben, Lohn-, Sozial- und Umweltkosten etc. zu tragen haben. Wir leben so lange in keinem Binnenmarkt, so lange 27 Staaten ihre Steuern und Abgaben nicht auf einem ordentlichen Niveau harmonisiert haben. Die Folgen sind seit Jahren bekannt: Verlust von zahlreichen Produktionsbetrieben aus Österreich und Transilawinen ohne Ende.

„Kein Österreicher darf ohne Beschäftigung bleiben, und es muss Chancengleichheit für alle geben.“

Wichtig ist für den öffentlichen Bereich:

- Bestbieterprinzip mit ordentlichen Kriterien statt Billigbieterprinzip in allen Branchen

bürgerforum österreich - listefritz**dinkhauser**

- Stopp von Megaprojekten ohne Rentabilitätschecks und Bürgerverträglicher Finanzierung
- Entlastung der Betriebe von hohen Arbeitskosten – Verursacherprinzip im steuerlichen Bereich anwenden
- „wettbewerbswidrigen Verhältnisse“ beseitigen
- Evaluierung der Förderkulissen im Bezug auf ihre Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit

BAHNKAPAZITÄTEN NUTZEN

Die Liste will versuchen, eine Reduzierung des Lkw-Transitverkehrs zu erreichen, und strebt eine Förderaktion zur Umrüstung von Nahversorger-Lkw an. Statt hoher Investitionen in weitere Transitstrukturen sollen bestehende freie Eisenbahnkapazitäten genutzt werden. Die Politik in Österreich steht vor der zentralen Entscheidung: Will man weiter in internationale Transitstrukturen oder in die eigene Wirtschaft und damit in die eigenen Arbeitsplätze investieren. Darauf geben wir eine Antwort.

VOLLARBEITSPLÄTZE

Der Trend zu mehr atypischen Arbeitsverhältnissen muss gestoppt werden. Die Vergabe von Fördermitteln des Bundes und der Länder soll zwingend an die Schaffung von nachhaltigen Vollarbeitsplätzen gekoppelt sein. Veränderungswillige sollen durch eine Koordinationsstelle betreut werden, die für den Einzelnen neue Perspektiven aufzeigt.

Arbeitslosigkeit darf kein Schicksal mehr sein. Unser Ziel ist: Kein Österreicher darf ohne Beschäftigung bleiben. Mit Hilfe von Brücken- bzw. Übergangsarbeitsplätzen zur Überleitung in eine Dauerbeschäftigung kann die sofortige Einbindung in die berufliche Gesellschaft geschafft werden. Auch die Gründung einer Landesarbeitsstiftung kann hier spürbar Abhilfe schaffen. Während bei Konkursen von Großbetrieben meist rasch eine Arbeitsstiftung eingerichtet wird, ist dies bei den vielen Klein- und Mittelbetrieben nicht der Fall: Die Leidtragenden sind jene Menschen, die ihren Arbeitsplatz dort verloren haben und dann kein Auffangnetz für Neuorientierung und Umschulung haben. Hier müssen ebenso gerechte Verhältnisse geschaffen werden.

REGIONEN STÄRKEN

Die Abwanderung vor allem von qualifizierten Arbeitskräften in Richtung Osten wird immer deutlicher. Österreich verliert zunehmend attraktive öffentliche Arbeitsplätze. So rutscht das Land in die Niedriglohn- und Niedrigqualifikationsspirale. Zentrale Strukturen dürfen nicht länger den Bundesländern entzogen werden. Die Bundesländer dürfen nicht zum Wurmfortsatz von Wien verkommen. Eigenverantwortung und Kompetenzen müssen erhalten bleiben.

Ebenso soll mithilfe eines Strategieplans eine Stärkung der Österreichischen Regionen angestrebt werden. Anzudenken ist eine verstärkte Verlagerung von Einrichtungen und Organisationen von Wien in die Bundesländer. Gelebte Subsidiarität und Förderalismus stärken die Regionen. Auch in Österreich.

FACHARBEITERPOLITIK

„Vom Arbeiter zum Facharbeiter, vom Facharbeiter zum Fachhochschüler“, so lautet die Devise. Österreich hat nur Chancen mit offensiver Facharbeiter- und einer Arbeitsmarktpolitik der ständigen Höherqualifizierung. Es braucht eine jährliche Erhebung, die längerfristig sicherstellt, dass für jene Branchen, die Bedarf haben, ausgebildet wird. Ebenso dürfen Karrierepläne von Frauen nicht am Kinderwunsch scheitern. Frauen müssen durch echte Entlastung von der Familienarbeit die Möglichkeit erhalten, auch in qualifizierte Berufe ein- bzw. aufzusteigen. Ebenso muss die technische Ausbildung in Österreich forciert werden. Dazu gehört auch die flächendeckende Einrichtung von technischen Fachhochschulen etwa im Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau.

„Wir brauchen eine aktive Betriebsansiedlungspolitik vor allem in den strukturschwachen Gebieten.“

Um den Wirtschaftsstandort zu sichern, wird eine Reihe von Maßnahmen notwendig sein:

- Schaffung von flächendeckenden Netzwerken zwischen Betrieben
- Verbesserung der Ertragskraft von Klein- und Mittelunternehmen
- Ansiedlungsoffensive von innovativen Betrieben in Zukunftsmärkten
- Anreize für Betriebsansiedlungen verstärken
- Wirtschafts- und Betriebsanalysen für KMUs
- Starthilfen für KMUs oder Förderung von Zusammenschlüssen
- Neues Betriebsansiedlungskonzept für strukturschwache Regionen
- Verstärkung der Ausbildung und Qualifikation von Mitarbeitern
- Schaffung von mehr Vollarbeitsplätzen, Verbesserung der Umstiegschancen und Abfederung bei Arbeitslosigkeit durch Arbeitsstiftungen
- Unterstützung von Unternehmensgründern
- Schaffung von EU-Projektbörsen

Österreich hat nur eine Chance mit einer Politik der Qualifizierung und einer neuen Ausbildungsstruktur, die keinen benachteiligt. Deshalb:

- Chancengleichheit für alle Österreicherinnen und Österreicher, die reale Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleiche Einkommensbedingungen für Mann und Frau
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch laufende Überprüfung und Beurteilung der Einkommensunterschiede
- Einrichtung einer Landesarbeitsstiftung zwischen Land Österreich, AMS, Sozialpartnern und Gemeinden
- Verbesserung der Einkommenssituation für alle Österreicher Arbeitnehmer etwa durch spezielle Kollektivverträge, aber auch durch Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten
- Technische Fächer und Zweige fördern und schon bei Kindern technisches Verständnis wecken und Anreize bieten
- Neue Verwaltungsstrukturen aufbauen, die die Regionen miteinbeziehen
- Verstärkung des Ausbildungsangebots und Förderung der Jugendausbildung

Programm: Bildung

„Österreich braucht einen Quantensprung in der Bildung, um den Anschluss nicht zu verpassen.“

Bildung ist ein wichtiges Gut, das im Mittelpunkt unserer Bestrebungen stehen muss. Aus diesem Grund müssen wir den Mut haben, neue Wege zu gehen und den Menschen wieder Mut machen, zu lehren und zu lernen. Dafür werden wir auch im Bundeshaushalt neue Prioritäten für Aus- und Weiterbildung setzen.

ABSCHLUSS FÜR ALLE

An die 10000 Jugendliche jährlich schließen weder eine Schule noch eine Berufsausbildung erfolgreich ab. Hier muss massiv gegengesteuert werden. Wir können in keinem Bereich auf Talente verzichten. Der Hauptschulabschluss muss deshalb im zweiten Bildungsweg zum Nulltarif möglich sein, ebenso wie die Laufbahnberatung und Kompetenzenbilanz, die Aufschluss über Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen geben. Dies soll unter anderem sicherstellen, dass der begonnene Beruf, der oft ohne Kenntnis der Anforderungen gewählt wird, nicht abgebrochen werden muss, wobei auch die Möglichkeiten eines Wechsels während der Lehrzeit und das Modell „zweite bzw. dritte Chance“ umgesetzt werden muss. Kein Österreicher soll ohne positiven Schul- bzw. Berufsabschluss sein.

NACHHILFE KOSTENLOS

Die Tatsache, dass „Herkunft gleich Zukunft“ ist, muss geändert werden. Chancengleichheit und Gerechtigkeit müssen auch im Bildungsbereich Vorrang haben. Dazu sollen neue Modelle umgesetzt werden, die Leistungsgruppen an den Hauptschulen abgeschafft, technische und naturwissenschaftliche Fächer verstärkt und angehende Pädagogen im Zuge ihrer Ausbildung zu verpflichtendem, kostenlosem Nachhilfeunterricht herangezogen und so zu wichtigen Förderern und Stützlehrern werden. Bildungsanimateure und Talentscouts sollen Österreichweit ebenso wichtige Bildungsarbeit leisten. Gleichzeitig wird großer Wert auf die Integration von klein auf gelegt: Möglichst früh sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zweisprachig unterrichtet werden.

QUANTENSPRUNG

Österreich liegt in Bezug auf Bildung unter dem europäischen Durchschnitt. Deshalb muss sofort mehr investiert werden. Evaluierung der Bildungseinrichtungen, die Schaffung eines Bedarfskonzepts und eines eigenen Budgets sowie eine klare Kompetenzenverteilung

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

vonseiten des Bundes sollen dabei helfen. Auch das Erwachsenenbildungs- und Arbeitnehmerförderungsbudget muss deutlich erhöht werden.

LEBENSLANGES LERNEN

Lebenslanges Lernen soll kein Schlagwort bleiben. Anreize, um dies zu erreichen, müssen geschaffen werden. Finanzierungsmodelle – sprich Ersatzeinkommen – für Berufsaus- und Weiterbildungen, bei denen kein Gehalt zu erwarten ist, sind umzusetzen, ein Erwachsenenbildungskonzept ist zu erstellen und die berufsbegleitende Weiterbildung zu fördern. Denn Qualifikation und der Kampf um die Talente werden letztlich entscheiden, ob Österreich den Wohlstand, den es erarbeitet hat, auch halten kann.

„Wir wollen kostenlose Nachhilfe für alle Kinder, denn schulisches Fortkommen darf keine Frage des Familieneinkommens sein.“

Jedes Ausbildungsjahr bringt jedem Tiroler sieben Prozent mehr Nettolohn auf Dauer. Wir wollen:

Jedes Ausbildungsjahr bringt jedem Österreicher sieben Prozent mehr Nettolohn auf Dauer. Wir wollen:

- Kostenlose Nachhilfe in allen Bezirken auf Basis von Bürgerpatenschaften bzw. verpflichtender Praktikas
- Schul- und Berufsabschluss für alle
- Ausbau von Ganztagschulen: flächendeckend Ganztagschulen in allen Schultypen
- Einrichtung einer Eltern-Pädagogen-Plattform: laufende Evaluierung der schulischen Qualität sowie Erarbeitung neuer und innovativer Modelle zwischen Eltern, Schülern und Lehrerinnen und Lehrern
- Abschaffen der Leistungsgruppen an Hauptschulen
- Erstellung eines Bildungsbudgets und klare Kompetenzenverteilung
- Berufsbegleitende Weiterbildung und Ausbau der Berufsausbildung via Fernlehrgängen
- Laufbahnberatung zum Nulltarif
- gerechte Verteilung von Stipendien
- Fördern von Talenten und Fähigkeiten in allen Altersgruppen
- Installierung von Bildungsbeauftragten in allen Gemeinden, als Schnitt- und Kommunikationsstelle für Bildungswillige

Programm: Energie

„Österreich braucht in Energiefragen eine Gesamtstrategie, bei der alternative Energiepolitik eine zentrale Rolle spielt.“

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

Das Thema Energie ist nicht nur ein entscheidendes Thema für Österreich, sondern wird das Zukunftsthema Europas und der Welt werden. Österreich hat in dieser Beziehung schon allein aufgrund seiner geografischen Beschaffenheit enorme Vorteile, vor allem im Bereich erneuerbare Ressourcen, die die entscheidenden Energieträger der kommenden Jahrzehnte sein werden. Allerdings muss in diesen Fragen auch der behutsame Umgang mit der Natur berücksichtigt werden, die Natürlichkeit des Landes muss erhalten bleiben. Aus diesem Grund vertreten wir eine Politik, bei der in den Ausbau und die Optimierung bestehender Wasserkraftwerke investiert werden soll und Kleinwasserkraftwerke nicht kategorisch verhindert werden sollen.

Österreich ist mit Recht stolz auf seine Vorzeigemodelle. Die Gemeinde Güssing und zahlreiche andere stehen für eine sehr erfolgreiche, nachhaltige und international anerkannte moderne Energiepolitik. Zentraler Ansatz sind umfassende Effizienzprogramme einerseits und die Nutzung solarer Energieresourcen jedweder Form. Unsere Forderung: Österreich muss Güssing werden!

Österreich muss unabhängig von Energieimporten und der damit verbundenen Abhängigkeit und Erpressbarkeit von ausländischen Energielieferanten werden.

Eine besondere Rolle kommt dabei der öffentlichen Hand als Vorreiter zu.

STROMPREIS SENKEN

Der Gesamtoffensive bei der Unterstützung zum Umstieg auf alternative Energieträger wie Fotovoltaik oder Wärmepumpen hat ein weiterer Plan zur Stromeinsparung zu folgen. Darin sind auch geförderte Maßnahmen als Anreiz zur thermischen Gebäudesanierung oder energiesparendem Bauen vorzusehen. Neben der Verbilligung von Strom und einer Grundentlastung für alle soll ein Strombonus für sozial schwache Personen umgesetzt werden, nach ausländischen Vorbild sollen Familien – je nach Anzahl der Kinder – Preisabschläge erhalten.

Das Energiekonzept wird eine zentrale Rolle in der Österreichischen Politik spielen. Unsere Themen:

- Stromverbilligung für alle, Gesamtentlastung durch Strombonus und Preisabschläge für sozial Schwache oder Familien mit Kindern
- Gesamtoffensive bei alternativer Energiepolitik und Stromsparen – Fördermodelle für Wärmedämmung und Alternativenergien, Mittelfrist- bzw. Langfristprogramm für den bundesweiten Ausstieg aus nicht erneuerbarer Energie
- Offensive zum Thema Energiesparen mit einkommensunabhängigen Förderungsmaßnahmen, etwa bei Wärmedämmung oder alternativen Energieträgern
- Durch angemessene Energiekosten Anreize für eine Betriebsansiedlungspolitik schaffen
- Deutliche Anreize zum Umstieg auf alternative Energieträger bieten, wobei der Bund Vorbild sein und bei allen öffentlichen Bauten auf alternative Formen setzen soll
- Nutzen von öffentlichen Bereichen für alternative Energiegewinnung, etwa mittels Fotovoltaik

Programm: Gemeinden

„Österreich braucht starke Gemeinden, die Bürger brauchen gleiche kommunale Leistungen.“

Die Familie und die Gemeinde sind die wichtigsten Bestandteile des Landes und unserer Demokratie.

STARKE GEMEINDEN

Die Liste bekennt sich zu einer neuen Kultur des politischen Miteinanders von Gemeinden, den Ländern und Österreich. Dabei geht es um objektivierbare Richtlinien in der Frage der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, des Finanzausgleiches sowie um einen neuen Ausgleich zwischen den einzelnen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Regionen. Ziel ist eine einheitliche Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gleich in welcher Gemeinde oder in welchem Land sie beheimatet sind.

Vor allem im Bereich des Wohnens, der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Gebühren und Tarife, der Öffnungszeiten und der Schließtage bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, der gerechten medizinischen Grundversorgung sowie der Sicherung der Pflegequalität. Auch zur Sicherung der Nahversorgung will die Liste eine flächendeckende Lösung für alle Regionen anstreben. Jede Genehmigung für einen Großmarkt soll an die Auflage gebunden sein, in der betreffenden Region die Nahversorgung in den kleinen Ortschaften durch Ausgleichszahlungen zu sichern bzw. selbst durch Filialen abzudecken.

STARKE REGIONEN

Als Antwort auf die Zentralisierungstendenzen auf EU-Ebene sowie auf Bundesebene will die Liste eine Verlagerung wichtiger Verwaltungseinheiten auf die Regionen schrittweise in Angriff nehmen. Dabei geht es insbesondere um die Stärkung der Regionen und Gemeinden, wodurch eine Berufs- und Einkommensverbesserung in den Regionen initiiert werden kann. Jede Region sollte schwerpunktmäßig ein Geschäftsfeld zugeteilt bekommen, um das sich dann wichtige Leitbetriebe sammeln könnten.

STARKE BÜRGER

Die Bürger sollen durch den Ausbau der direkten Demokratie stärker in Entscheidungsfindungen eingebunden werden. Die Ergebnisse von Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen sollen bindend sein für Entscheidungen.

STARKE VERSORGUNG

Jeder Österreicher Gemeinde ihr Nahversorger-, Kommunikations- und Sozialzentrum anstelle der schleichenden wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verödung – inklusive

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

Festlegung von Mindeststandards für kommunale Leistungen (Wasser, Müll, Kinderbetreuung, Ausbildung, ÖPNV etc.).

Strenge Kontrolle bei Errichtung von Gewerbeparks etc. durch Entzug von Förderungen, solange Betriebe und Arbeitsplätze nur mit Dumpingangeboten von Umlandgemeinden herumgeschoben werden.

„Die Bürger sollen durch den Ausbau der direkten Demokratie stärker bei Entscheidungen miteinbezogen werden.“

Die Gemeinden müssen gestärkt werden, weil sie als kleinste politische Einheit die wichtigste Vermittlerrolle innehaben. Die Zuweisungen vom Land und Bund müssen nachvollziehbar und öffentlich gemacht werden:

- Gleicher Zugang aller Bürger zu kommunalen Leistungen – auch hier geht es um Gerechtigkeit
- Finanzielle Anreize zum Ausbau der Freiwilligenarbeit auf Gemeindeebene für gemeinsame Projekte
- Einheitliche Richtlinien für Gemeindezuwendungen durch die Bundesländer und dem Bund
- Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden und Regionen
- Neue Modelle der Bürgerbeteiligung
- Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen sind verpflichtende Willensäußerungen der Bürger

Programm: Verkehr

„Wir brauchen eine Gesamtlösung beim öffentlichen Verkehr und eine radikale Senkung der Nahverkehrspreise.“

Die einzigartige Topografie des Landes braucht keinen weiteren Aus- bzw. Neubau von sündteuren Transitstrukturen. Die Herausforderung lautet vielmehr, die notwendige Mobilität sowohl des inneralpinen als auch des alpenquerenden Verkehrs auf den bestehenden Verkehrswegen (Straße/Schiene) bestmöglich effizient abzuwickeln. Die Liste setzt auf einen mittel- und langfristigen Umstieg beim öffentlichen Personen- und Nahverkehr (ÖPNV).

TRANSITFRAGE

Um aus den jahrelangen Konflikten zwischen verschiedensten Verkehrsanbietern zulasten der Kunden herauszukommen, wird unsere Gruppe Lösungen und Maßnahmen ausarbeiten, die einerseits der eigenen Bevölkerung – Berufspendler, Schüler etc. – sowie andererseits auch den Touristen „neue Wege“ in Österreich als auch „nach Österreich“ eröffnen, die weder Staus noch zu hohe Lärm- und Schadstoffbelastungen verursachen.

Sämtlichen Wünschen nach milliardenschweren neuen Transitstrukturen steht die Gruppe sehr

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

kritisch gegenüber, da Österreich in allen Fragen des alpenquerenden Verkehrs (Personen/Güter) seine Transitfunktion längst mehr als erfüllt (mehr als zwei Millionen Transit-LKW nur über den Brenner, während über vier Schweizer Alpenübergänge nur mehr rund 1,1 Millionen Transit-Lkw rollen). Daher wird sich die Gruppe dafür engagieren, den LKW-Transit zu halbieren. Solange bspw. die Betreiber des Projekts Brennerbasistunnel selbst nach Inbetriebnahme nur eine „Verlangsamung des Straßengüterzuwachses“ erwarten bzw. erhoffen und die Mitgliedsstaaten sowie die EU-Kommission nach wie vor auf ihrem längst überholten Dogma des „Freien Güterverkehrs auf der Straße“ und damit auf einem weiteren Anwachsen der Transitlewne beharren, erübrigt sich jede Diskussion um eine Beteiligung des österreichischen Steuerzahlers. Diese Bedenken hat im Übrigen auch der österreichische Rechnungshof jüngst vollinhaltlich bestätigt.

AUSBAU DES NAHERKEHRS

Die Topografie des Landes erfordert keine Forcierung von Großprojekten, sondern den Ausbau des Nahverkehrs. Gerade in diesem Bereich hat Österreich die höchsten Tarifkosten Österreichs. Der Verkehrsverbund muss aus diesem Grund billiger werden, der Nahverkehr muss von der Straße vermehrt auf die Schiene verlegt werden, wobei Anreize zu schaffen sind. Das Nahverkehrsnetz muss ausgebaut und bessere, schnellere und bequemere Verbindungen müssen geschaffen werden.

ZUM NULLTARIF

Die Liste schlägt die schrittweise Einführung des Nulltarifs bei öffentlichen Verkehrsmitteln im Bundesland Österreich für bestimmte Gruppen vor. Dabei sollen insbesondere Kinder und Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr die Möglichkeit der Freifahrt haben. Ziel ist es, junge Menschen zum richtigen Umgang mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erziehen, wodurch im späteren Leben, wie Beispiele in anderen Ländern zeigen, die Fixierung auf den Pkw reduziert wird.

In einem weiteren Schritt schlägt die Liste vor, die Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen (Bezieher von Mindesteinkommen, Mindestrentner, Notstandshilfebezieher, Alleinerzieher und Arbeitsuchende) schrittweise zu senken bzw. einen Sozialtarif einzuführen. Außerdem soll nach dem Beispiel anderer Staaten durch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur eine Österreich-Netzkarte zu einem überaus günstigen Preis angeboten werden. Gedacht als ein echtes Signal zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr. In Zeiten explodierender Treibstoffkosten eine wirksame Hilfe zur finanziellen Entlastung für Familien und Pendler und der beste Beitrag zur Verbesserung der Klimabilanz

VERKEHRSKONZEPT

Die Liste wird ein neues Nahverkehrskonzept für Österreich erstellen, mit dem Ziel, alle öffentlichen Verkehrsträger zu integrieren. Die Versorgungssicherheit für die mehr als 2,000.000 Österreichischen Pendler soll durch ein flächendeckendes, zeitgemäßes und kostengünstiges Angebot gewährleistet werden.

NEIN ZUM TUNNELBAU

Die Liste Dinkhauser wird jegliche Beteiligungen oder finanziellen Vorleistungen an möglichen künftigen europäischen Eisenbahnprojekten wie dem Brennerbasistunnel sofort beenden. Jede weitere Planung ist zu stoppen, solange nicht vonseiten der EU sowie vonseiten des Bundes eindeutige Verträge über Transitobergrenzen auf Österreichs Autobahnen sowie die Verlagerung der Güter- und Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene abgeschlossen werden. Jeglicher Ausbau überregionaler Infrastrukturen zieht sonst nur noch weiteren Verkehr an.

„Die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sollen schrittweise gesenkt werden, wobei öffentliche Verkehrsmittel für Kinder und Jugendliche kostenlos sein sollen.“

Die Liste bekennt sich zu einem Zusammenführen sämtlicher vorhandener Strukturen mit dem Ziel der effizienten Nutzung sowie einer starken Reduktion und Vereinfachung sämtlicher Tarife. Dort, wo es notwendig ist, sollen Strukturen nach dem Prinzip der Kundenfreundlichkeit und durch ein effizientes Monitoring der Strecken laufend verbessert werden.

- Neuordnung des ÖPNV hin zu einem flächendeckenden, kostengünstigen und attraktiven Verkehrsverbund für die Bevölkerung und Touristen
- Anbindung aller Österreichischen Gemeinden durch Nutzen bestehender Strukturen im privaten Bereich bis hin zu den öffentlichen Anbietern
- Abkehr von milliardenteuren zusätzlichen Transitstrukturen, die der Bevölkerung und Wirtschaft als „immerwährende öffentliche Zuschussbetriebe“ langfristig nur Steuergelder entziehen, die für alle anderen wichtigen Bereiche fehlen

„Statt in Tunnelprojekte soll in moderne öffentliche Verkehrsmittel zu günstigsten Tarifen investiert werden.“

Die Liste bekennt sich zu einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und zu einer deutlichen Entlastung bei den Tarifen. Statt in Tunnelprojekte sollen die Mittel in moderne öffentliche Verkehrsmittel zu günstigen Tarifen investiert werden. Jede Gemeinde hat ein Anrecht auf Anbindung an den öffentlichen Verkehr:

- Nein zum Tunnelbau – stattdessen Umschichtung der Mittel hin zum öffentlichen Verkehr
- Der Österreichische Personenverkehr soll neu geordnet und organisiert werden
- Schaffung der Infrastruktur zur radikalen Senkung der Nahverkehrstarife
- Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Verkehrsmitteln
- Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in Österreich
- Jede Gemeinde und jeder Bürger hat ein Anrecht auf beste Anbindung beim öffentlichen Verkehr
- Einführung eines echten Verkehrsverbunds mit einer Vertaktung aller Verkehrsträger nach Vorbild der Schweiz

Programm: Soziales und Familie

„Der Besuch von Kindergärten und Krabbelstuben muss Österreichweit kostenlos sein.“

Obwohl erwerbstätige Frauen aus dem Berufsleben nicht mehr wegzudenken sind, arbeitet ein Großteil der hochqualifizierten Frauen unterqualifiziert, die Chancengleichheit fehlt, was sich auch in einem geringeren Verdienst niederschlägt. Hier muss radikal gegengesteuert werden, indem Frauen und vor allem Frauen mit Kindern bzw. Familien unter die Arme gegriffen wird. Vor allem durch verstärkte Unterstützung im Bereich Kinderbetreuung und Elterninitiativen sowie durch kostenlose Kindergärten und Krabbelstuben.

KINDERBETREUUNG

Nicht in jeder Gemeinde ist Ganztagsbetreuung für alle Altersgruppen möglich. Deshalb sind neue Modelle zu entwickeln, etwa durch regionale Kinderbetreuungsnetzwerke.

Ganztagskinderbetreuung und Ganztagsmodell müssen in Österreich vorangetrieben werden. Dazu gehören auch sozialverträgliche und einheitliche Tarife und Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die gezielte Förderung und Bildung für unseren Nachwuchs beginnt in der Krabbelstube und im Kindergarten, nicht erst in der Volksschule. Deshalb muss der Besuch dieser vorschulischen Einrichtungen kostenlos angeboten werden.

Freie Sprengelwahl: Arbeits- und Wohnort sind nicht immer gleich, deshalb muss eine freie Kindergarten- und Schulwahl über die Sprengelgrenzen hinaus ermöglicht werden. Ebenso soll der privaten Betreuung von Kindergruppen wesentlich mehr Unterstützung zukommen als bisher.

PFLEGE

Pflege und Krankheit dürfen nicht mehr unterschiedlich bewertet werden. Leistungen der Krankenversicherungen gehören auf ein einheitliches österreichisches Niveau. Im Rahmen einer Zusammenlegung aller Krankenversicherungs-Träger in Österreich sollten Krankheit, Pflege und Behinderung als Krankenversicherungs-Leistung zusammengeführt werden. Zur Sicherstellung von genügend Pflegepersonal muss die Umschulung in diesem Bereich erleichtert werden. Außerdem muss die Qualität der Pflegeeinrichtungen in Österreich zertifiziert und evaluiert sowie der Ausbau der ambulanten Pflege vorangetrieben werden.

SOZIALSPRENGEL IM FOKUS

Die Sozialsprengel sollen einheitliche Qualitäts- und Pflegestandards in allen Gemeinden anbieten. Unter dem Motto „Daheim statt im Heim“ sind die Sprengel in ihren Kompetenzen aufzuwerten und entsprechend finanziell zu dotieren. Die Sozialsprengel sollen Drehscheibe für ambulante und stationäre Pflege sowie Arzt und Spital werden. Die Pflegekosten dürfen nicht zur Vermögensfalle für die Hinterbliebenen werden. Zur Sicherung der Finanzierbarkeit

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

der Pflegequalität schlägt die Liste die Einrichtung einer solidarischen Pflegeversicherung über die soziale Krankenversicherung vor..

KAMPF DER ARMUT

Der Ausbau der bewährten Sozialmarktideen soll in allen Regionen vorangetrieben werden. Ebenso sollen die Erhöhung des Heizkostenzuschusses des Landes nach Vorarlberger Muster, Sozialtarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher oder Alleinerzieher umgesetzt werden. Die Einführung einer Österreichischen Familienkarte in Abstimmung mit den Initiativen in den Bundesländern soll angestrebt werden. Diese soll sowohl von Einzelpersonen als auch Familien in Anspruch genommen werden können.

KINDER & JUGEND

Kinder haben Rechte, daran zweifelt heute niemand mehr. Aber die Interessen von Kindern und Jugendlichen spielen immer noch eine untergeordnete Rolle. Bei Entscheidungen in Politik und Verwaltung werden ihre Stimmen kaum gehört.

Die Liste bekennt sich zu einer gesetzlichen Verankerung der Kinderrechte als Grundrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention und unterstützt alle diesbezüglichen Bemühungen:

- damit Kinder als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt werden
- damit die Förderung und der Schutz der Kinder verbessert werden
- damit Kinder gehört und beteiligt werden, wenn es um ihre Belange geht
- damit der Staat und die Gesellschaft das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellt
- damit Kinderrechte nicht nur mit einem Erfüllungsvorbehalt versehen sind, sondern auch bei Gericht einklagbar sind

Wenn Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind, dann sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um ihnen Österreich als ihren Lebensraum für die Zukunft zu erhalten und der künftigen Generation damit auch die Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten.

Ob auf EU-, Bundes- oder Landesebene: Es muss endlich mehr Geld in die Bildung unserer Kinder investiert werden. Die Liste bekennt sich zur Chancengleichheit von klein auf. Dazu gehören neben dem freien Zugang zur vorschulischen Ausbildung auch die Durchlässigkeit und Öffnung des Schulsystems.

CHANCENGLEICHHEIT

Ebenso gilt dies für den Bereich der musischen, kreativen, sozialen und sportlichen Ausbildungen. Die Liste Dinkhauser will den freien Zugang für alle Kinder und Jugendlichen, um möglichst viele junge Menschen bestmöglich zu fördern.

„Fordern und fördern“ – unter diesem Motto verlangt die Liste auch eine generelle Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in allen Schultypen. Kein Jugendlicher darf ohne Schul- oder Berufsabschluss bleiben. In diesem Sinne sind auch weiterführende Bildungsangebote für

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

junge Menschen zu erstellen. Eine weitere wichtige Maßnahme ist der kostenlose Nachhilfeunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, egal in welchem Schultyp. Um jungen Menschen von klein auf den öffentlichen Verkehr schmackhaft zu machen, sollen Kinder und Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr alle Österreichischen Verkehrslinien kostenlos benutzen dürfen.

Die Liste Fritz Dinkhauser wird im Bereich Soziales zahlreiche Vorhaben umsetzen:

- Ständiges Preismonitoring bei Lebensmitteln
- Ausbau der bewährten Sozialmarktidee in den Bezirken
- Sozialtarife beim öffentlichen Verkehr für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher und Alleinerzieher
- Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Bereich für Menschen mit Behinderung
- Aufbau eines zivilen Netzwerks zur gegenseitigen Unterstützung
- Schaffung eines Bürgerbüros im Landhaus und Servicebüros in allen Bezirkshauptmannschaften

„Es muss mehr Geld in die Bildung unserer Kinder investiert werden.“

Die Liste Fritz Dinkhauser will zum Thema Kinder, Jugend und Familie folgende Vorhaben umsetzen:

- Besuch der Kindergärten und Krabbelstuben kostenlos
- Kostenloser Zugang zu allen öffentlichen Sporteinrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Musikschulbesuch und Sportvereinsaktivitäten für Kinder und Jugendliche zum Nulltarif
- Schulische Integration für Kinder mit Behinderungen
- Senkung der Klassenschülerzahlen zur deutlichen Verbesserung der Qualität des Unterrichts und gleichzeitig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Junglehrern

Programm: Landwirtschaft

„Österreich braucht seine Bauern.“

Der Bauernstand ist unersetzlich für Österreich. Allerdings hat sich in den letzten Jahren ein Stand von Machtbauern gebildet. Diese Abhängigkeiten müssen beendet und der wahre Bauernstand und seine Kleinstrukturen forciert werden. Ebenso braucht es mehr Transparenz.

BAUERNSTAND STÄRKEN

bürgerforum österreich - listefritzdinkhauser

Die wirklichen Bauern im Land sollen, egal ob Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbauern, gefördert werden und aus der Vormundschaft von Genossenschaften, Gesetzgebung, Politik und Verwaltung entlassen werden. In vielen bäuerlichen Gemeinden haben die echten Bauern zu wenig zu sagen, Nichtbauern bestimmen über Bauern. Die Beseitigung von heute nicht mehr vertretbarer Bürokratie und mehr Transparenz in der Bauernpolitik würde eine Art Bauernbefreiung zur Folge haben, die schon lange Zeit überfällig ist.

Das Bürgerforum Österreich bekennt sich auch zu den Bauern als Produzenten hochwertiger Lebens- und Nahrungsmittel und wird alle Maßnahmen unterstützen und tragen, damit der Großteil dieser Produkte zu einem fairen Preis im Land selbst verkauft werden kann. Weitere Konzepte für den Bauernstand sollen mithelfen, Österreich als Natur- und Naturkostland weiter zu positionieren und die Bauern zu stärken, die zu Verantwortlichen des Landes werden müssen, etwa in Form von Zulieferern öffentlicher Einrichtungen. Es braucht wieder mehr Bauern und weniger Funktionäre in unserem Land und eine gemeinsame, offene Zusammenarbeit, die den wahren Bauernstand nicht schwächen, sondern ihn aus all seinen Abhängigkeiten befreien soll.

Ferner will die Liste Fritz Dinkhauser:

- Die Förderungen zielgerechter in Bezug auf gesunde Produktion und Erhalt des Erholungs- und Kulturrums einsetzen
- Wesentlich dazu beitragen, dass Österreichische Produkte im eigenen Land verarbeitet und vermarktet werden
- Wesentlich dazu beitragen, dass unnötige Bürokratie und wettbewerbswidrige Auflagen abgebaut werden
- Die öffentlich Hand ist aufgefordert, heimische Nahrungsmittel in ihren Wirkungsbereich (Spitäler, Pflegeheime, Schulen uam.) zu verwenden

Programm: Bürgervertrag

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit allen seinen täglichen Sorgen und Problemen. Wir wollen seinen Anliegen Gehör verschaffen. Dazu gehört auch eine Neuorientierung beim Einsatz der öffentlichen Gelder. Rund 420 Millionen Euro nicht gebundenes Budgetkapital sollen zum Wohl der Bürger eingesetzt werden.

Wie soll das finanziert werden?

Österreich ist ein reiches Land, aber die Mittel werden allzu oft falsch eingesetzt. Statt auf die Bürger zu setzen wurde in Megaprojekte investiert oder einzelne Bevölkerungsgruppen oft einseitig bevorzugt. Die Liste will eine völlige Neuorientierung in der Landespolitik erreichen: Das Leben in Österreich muss deutlich billiger werden, besonders für die Familien.

Die Liste Fritz Dinkhauser – Bürgerforum Österreich wird einen Vertrag mit den Österreichischen Bürgerinnen und Bürgern abschließen und will folgende Maßnahmen zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit umsetzen.

Konkret bedeutet dies:

NEUE GERECHTIGKEIT

Die Gerechtigkeit muss in Österreich wiederhergestellt werden, die Ungleichbehandlung aufhören. Anstand und Geradlinigkeit sollen wieder die Politik und das Miteinander prägen. Alle Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung sollen verstärkt werden.

ERSCHWINGLICHES WOHNEN

Die Garantie, dass Wohnen als Grundrecht wieder leistbar wird. Das bedeutet eine radikale Änderung bei den Wohn- und Wohnbaukosten.

MEHR SPIELRAUM FÜR FAMILIEN

Mit kostenlosem Kindergarten- bzw. Hortbesuch für alle Kinder. Chancengleichheit im Bildungssystem durch Ausbau von ganztägigen Schulformen. Fordern und Fördern durch neue Gesamtschulmodelle, Integration von Klein auf und kostenlose Nachhilfe.

ZUKUNFT FÜR ÖSTERREICHS JUGEND

Verankerung von Kinderrechten, Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in allen Schultypen, Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Musikschul-, Sport- und Kultureinrichtungen. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sollen kostenlos mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können.

ENERGIESPAROFFENSIVE

Szenarien für einen Ausstieg aus nicht erneuerbarer Energie. Rascher Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu günstigen Tarifen. Stromverbilligung durch Preisabschläge für Familien oder sozial Schwächere. Massive Förderung für sämtliche Formen alternativer Energieträger sowie zur CO2-Reduktion durch Wärmedämmung bzw. Haussanierungen.

SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE

Ständige Preisüberwachung bei den wichtigsten Lebensmitteln. Aufwertung der Sozialsprengel zur Drehscheibe bei Pflege und Krankheit. Kampf gegen die drohende Armut. Sozialtarife beim öffentlichen Verkehr für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher und Arbeitsuchende oder Alleinerziehende. Ausbau der bewährten Sozialmärkte in allen Regionen. Erhöhung des Heizkostenzuschusses und Erweiterung auf weitere bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Programm: Zukunft Österreich

„Österreich braucht einen Modernitätsschub und Menschen, die den Mut haben, erstarrte Strukturen aufzubrechen.“

Die Liste Fritz Dinkhauser will den Bürgern wieder Gehör im Land verschaffen. Sie stellt den Menschen – gleich welcher Herkunft – in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und setzt sich daher für eine politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung in Österreich ein. Basierend auf den Zielen der öko-sozialen Marktwirtschaft soll das Miteinander aller Gruppe in Österreich gefördert werden, der Einzelne aktiviert werden und Chancengleichheit gelten. Die Liste Fritz Dinkhauser vertritt eine neue Österreichische Bürger-Gemeinschaft, will Ungerechtigkeiten beseitigen und dem Land zu einem Modernisierungsschub verhelfen.

WEISENRAT & IDEENBÖRSE

Die Liste schlägt die Einrichtung eines ständigen Weisenrats im Rahmen eines Zukunftskonvents vor, mit unabhängigen Experten, Vertretern aller Körperschaften, Einrichtungen, Institutionen und wichtigen Vereinen. Ziel ist, die Fülle der geistigen und wissenschaftlichen Potenziale aus allen Arbeits- und Lebensbereichen zum Nutzen des Landes zu vernetzen. Dazu gehört auch die Einbindung von Senioren, die über eine reiche Berufserfahrung und hohes Expertenwissen verfügen.

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes sollten durch Schaffung einer Österreichischen Ideenbörse stärker in die wirtschaftliche Zukunftsverantwortung eingebunden werden. Schulen, Universitäten, Betriebe, Hausfrauen, Junge, Alte und vor allem Arbeitnehmer sind das kreative Potenzial Österreichs. Durch Einrichtung einer Ideenbörse mit Land und Sozialpartnern könnte dieses Potenzial besser ausgeschöpft werden.

WISSENSOFFENSIVE

Österreich muss zum Bildungs- und Wissenschaftsland Nummer eins werden. Ein attraktiver, innovativer und dynamischer Wirtschaftsstandort ist nur durch beste Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu erreichen. Die Liste will Bildungsbarrieren abbauen und gleiche Zugangschancen für alle Bürger ermöglichen. Ziel ist, beste Weiterbildung zu günstigsten Preisen in allen Regionen anbieten zu können.

PARLAMENT STÄRKEN

Das Parlament selbst muss seiner Aufgabe der Kontrolle der Bundesregierung stärker gerecht werden. Dazu wird auch eine Änderung der Bundesverfassung angeregt. Die Liste spricht sich auch für eine Berichtspflicht an das Parlament durch die Österreicher Abgeordneten zum EU-Parlament aus. Durch diese Vernetzung der Parlamentarier können regionalpolitisch relevante Fragen und Entscheidungen der einzelnen Parlamente transparenter und besser koordiniert gelöst werden.

PROFIL ENTWICKELN

Österreich muss im Konkurrenzkampf der Regionen seine Stärken und Kompetenzen ausspielen. Aus diesen Stärken muss ein neues Profil entwickelt werden. Als Antwort auf Billiglohnländer könnte Österreich so mit Speziellem und Besonderem punkten. Daraus würde eine unnachahmliche Marke Österreich entstehen.

„Die klugen und innovativen Köpfe sollen zum Wohle des Landes gehört werden.“

Vor allem muss die Gerechtigkeit wiederhergestellt und die Ungleichbehandlung beendet werden. Es soll eine offene und freie Gesellschaft entstehen. Wir wollen keine Diktatur von oben, sondern eine Demokratie, die von der Basis ausgeht:

- Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen in Gemeinden oder auf Landesebene müssen verbindlich sein
- Einrichtung eines ständigen Weisenrats für die Entwicklung des Landes und der Gemeinden
- Aufwertung der Gemeinden und ihrer Wichtigkeit als Drehscheibe für den Bürger
- Einheitliche Richtlinien für Mittelzuwendungen an die Gemeinden
- Neue Formen des Ausgleichs zwischen armen und reichen Kommunen
- Bürgerpolitik statt Parteipolitik hat zur Folge, dass der Landtag gestärkt werden muss